

**4
84**

Union in Deutschland

Bonn, den 2. Februar 1984

Fazit der Israel-Reise des Kanzlers

Für eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung in Nahost

Seit der historischen Begegnung zwischen Konrad Adenauer und Ben Gurion ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Israel eine Konstante in der Politik der CDU. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel hat sich von einem Sonderverhältnis immer mehr zu einem normalen Verhältnis, allerdings auf einer besonderen moralischen Grundlage, entwickelt. Daraus ergibt sich für uns die Verantwortung, für die gesicherten und anerkannten Grenzen Israels einzutreten.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seinem Schlußkommuniqué darauf hingewiesen, daß uns der Nahostkonflikt ganz unmittelbar betrifft. Er tritt dafür ein, daß Deutsche und Europäer eine „realistische und ausgewogene Politik gegenüber allen Staaten dieser Region verfolgen“. Diese Politik muß dazu beitragen, Konflikte abzubauen, bis eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung erzielt ist.

Der Bundeskanzler hat auf die Bereitschaft der Bundesregierung hingewiesen, Israel bei der Überwin-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ WIRTSCHAFT

Vernunft der Tarifpartner ist jetzt gefragt / Existenzgründungswelle läuft voll an

Seite 4

■ FALL KIESSLING

Der Kanzler handelte schnell

Seite 5

■ INFORMATION

SPD auf dem Marsch in eine andere Republik

Seite 7

■ RENTEN

Sanierungspolitik zahlt sich aus: Die Renten sind wieder sicher Halbierung der Inflationsrate bringt den Rentnern drei Prozent mehr Kaufkraft

Seite 9—11

■ VEBA-AKTIEN

Der Verkauf wurde ein voller Erfolg

Seite 12

■ KOMMUNEN

Erfolgreiche Regierungspolitik kommt auch den Gemeindefinzen zugute

Seite 13

■ ZUR SACHE

Neuer Schwung für unsere Wirtschaft

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Vermögensbeteiligungsgesetz grüner Teil

CDU/CSU-Fraktion

Die Reise war auch ein persönlicher Erfolg von Helmut Kohl

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt Verlauf und Ergebnis des Israel-Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser Besuch ist — trotz schwerer Belastungen der Vergangenheit und mancher Probleme der Gegenwart — zum Erfolg geworden. Mit diesem Besuch wurde eine neue Seite im Buch der deutsch-israelischen Beziehungen aufgeschlagen, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger.

Niemand kann selbstverständlich darüber hinwegsehen, daß die deutsch-israelischen Beziehungen belastet bleiben von den Hypotheken der Vergangenheit, aber diese schreckliche Vergangenheit kann und darf nicht das bestimmende Element für die Zukunft der gegenseitigen Beziehungen sein. In beiden Staaten ist eine neue Generation herangewachsen, die — ohne die Vergangenheit verdrängen zu wollen — den Blick nach vorn richten will. Wir jedenfalls haben den guten Willen, die Beziehungen zu Israel auf Verständigung

und gegenseitiges Verständnis, auf die Achtung legitimer Interessen und auf den Geist der Freundschaft zu gründen.

Nicht nur unser Land — sondern auch Israel — braucht Freunde in der Welt. Gute deutsch-israelische Beziehungen sind daher nicht allein ein Gebot historischer Verantwortung, sondern entsprechen auch einem gemeinsamen Interesse. Aber unter Freunden muß klar sein, daß Freundschaft keine Exklusivität beanspruchen kann. Unsere Freundschaft zu Israel sollte daher nicht in einen Gegensatz zu unseren ebenfalls freundschaftlichen Beziehungen mit der arabischen Welt gebracht werden.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Frage eines Rüstungsexports nach Saudi-Arabien gesehen werden. Diese Frage ist bei den Gesprächen mit israelischen Politikern kontrovers geblieben, aber sie betrifft eben nur einen — wenn auch emotional gewichtigen — Teilespekt der insgesamt guten deutsch-israelischen Beziehungen. Wer meint, dieses Problem allein unter moralischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten zu können, macht es sich zu einfach. Das Problem ist vielschichtiger.

Israel wie Saudi-Arabien sind — jeder auf seine Weise — stabilisierende Faktoren in

(Fortsetzung von Seite 1)

dung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. Als einziges Land in der Welt hat die Bundesrepublik die deutsche Entwicklungshilfe für Israel nicht gekürzt. Daneben wird die Bundesrepublik private Investitionen in Israel fördern und ermutigen. Angesichts der engen finanziellen Spielräume der Bundesrepublik mußte der Bundeskanzler nein sagen zu steuerlichen Präferenzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist aber bereit, die technologische Kooperation zwischen den Ländern, z.B. durch einen Austausch von

Wissenschaftlern, zu fördern. Wie in der Vergangenheit wird sich die Bundesregierung auch im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen Spaniens und Portugals in die EG dafür einsetzen, daß die Lebensinteressen Israels besonders berücksichtigt werden.

Die politisch schwierige Reise von Bundeskanzler Kohl nach Israel war ein Erfolg für die Bundesrepublik und ein großer persönlicher Erfolg für Bundeskanzler Helmut Kohl. Er war als Freund Israels gekommen, und er verließ dieses Land als Freund.

dieser Region. Allein schon deshalb wäre es verfehlt, den einen gegen den anderen auszuspielen. Aber natürlich muß sichergestellt werden, daß Israel aus möglichen Waffenverkäufen an Saudi-Arabien kein Schaden erwächst. Dazu gehört, daß eventuelle deutsche Waffenexporte mit den Vereinigten Staaten abgestimmt werden, die durch ihre Nahostpolitik in besonderer Weise das Existenzrecht Israels gewährleisten. Diese Abstimmung gebietet nicht nur die allgemeine, sondern auch die gegenüber Israel besondere Verantwortung einer deutschen Regierung. Dieser besonderen Verantwortung entspricht es im übrigen auch, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zum Fürsprecher israelischer Interessen im Rahmen der EG macht.

Der Besuch des deutschen Bundeskanzlers hat zur weiteren Festigung der deutsch-israelischen Beziehungen beigetragen. Nicht zuletzt ist dieser Besuch aber auch zu einem persönlichen Erfolg von Helmut Kohl geworden. Den Nutzen davon haben beide Länder, haben die Menschen in Israel und in unserem Land.

In würdiger Weise die deutsche Position vertreten

Zehn Jahre nach Willy Brandt ging es Kohl darum, der Aussöhnungspolitik Konrad Adenauers und David Ben Gurions neue Impulse zu geben und Brücken über den Abgrund der Vergangenheit zu schlagen. Dieses Ziel ist erreicht worden.

(General-Anzeiger, Bonn, 30. 1. 1984)

Helmut Kohl bewegt sich in Israel mit einem bemerkenswerten Selbstbewußtsein. Und das ist gut so. Der Kanzler ist nach Israel auch als Vertreter einer neuen, erst nach dem Krieg herangewachsenen Generation gekommen. Er verleugnet nicht

die düstere Geschichte, aber er vergißt auch nicht, Politik zu machen.

(Stuttgarter Nachrichten, 26. 1. 1984)

Wie es in Jerusalem heißt, erkundet der Bundeskanzler vor allem den israelischen Standpunkt. Er hört zu, ohne mit seiner eigenen Meinung hinter dem Berg zu halten.

(Die Rheinpfalz, 26. 1. 1984)

Es ist verständlich, daß das Angebot des vergleichsweise jugendlichen Kanzlers Kohl zur Normalität hin jetzt noch nicht angenommen wurde. Aber es ist die Richtung, in der die Entwicklung gehen wird und muß. Kohls Verdienst ist es, die Störungen dieser Entwicklung mit einer Unbefangenheit aufgenommen zu haben, die wiederum nichts Kränkendes hatte oder auch nur haben konnte, bei allem Schmerz der Älteren, die freilich auch auf die Gegenwart schauen müssen.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 1. 1984)

Es war der zweifellos schwierigste Staatsbesuch, den Helmut Kohl seit seinem Amtsantritt als Kanzler zu absolvieren hatte.

(Saarbrücker Zeitung, 30. 1. 1984)

Die Israelis haben hervor, daß Bundeskanzler Kohl in „würdiger und sehr ernster Weise“ die deutsche Position vertreten habe.

(Die Rheinpfalz, 27. 1. 1984)

Kohls Optimismus im Hinblick auf die Israel-Reise ist vollauf bestätigt worden. Er wurde hier als Freund empfangen, und der Meinungsaustausch mit Schamir ist auch in den kontroversen Punkten offen, aber ohne Schärfen, wie dies nur unter befreundeten Ländern möglich ist. Das Eis, das sich in den letzten Jahren unter Schmidt und Begin über das deutsch-israelische Verhältnis gelegt hatte, ist dahingetaut. Es ist Helmut Kohl auch gelungen, ein gutes persönliches Verhältnis zu Schamir herzustellen und ein neues Kapitel zu eröffnen.

(Bayrischer Rundfunk, 26. 1. 1984)

■ WIRTSCHAFT

Vernunft der Tarifpartner ist jetzt gefragt

Zur wirtschaftlichen Lage und zu den Verstaatlichungsbeschlüssen der SPD auf dem AfA-Kongreß in Karlsruhe erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Hansheinz Hauser, Krefeld: Der Gedanke der Verstaatlichung weiter Teile der Wirtschaft war in der SPD, wie viele Parteitagsbeschlüsse zeigen, immer lebendig. Aber es gehört schon ideologische Blindheit dazu, gerade jetzt auf dem Trümmerfeld der eigenen Mißerfolge das Rezept „Verstaatlichung“ herzuholen. Mit mehr Staat ist nur ein neuer Abschwung sicher.

Es ist zu hoffen, daß der DGB von seiner falschen These abläßt, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich neue Arbeitsplätze schafft. Damit wäre der deutsche Arbeitnehmer die teuerste Arbeitskraft der Welt. Das kann nicht gutgehen. Mit höheren Kosten ist die Bundesrepublik international nicht mehr konkurrenzfähig. Die Union appelliert an die wirtschaftliche Vernunft der Tarifpartner, die ersten Früchte einer großen gemeinsamen Anstrengung zur Wiederbelebung nicht mutwillig zu zertreten. Den Schaden hätten wir alle. Jetzt ist wirtschaftliche Vernunft gefragt.

Auch unsere Wirtschaft hat jetzt eindeutig die Wende vollzogen. Die längste Rezession der Nachkriegszeit liegt hinter uns, unsere Volkswirtschaft marschiert wieder in Richtung Wachstum. Damit ist eine der

gefährlichsten Krisen der Nachkriegszeit gemeistert. Die Union ist mit dem Versprechen angetreten, den von der Sozialdemokratie zu verantwortenden Niedergang zu stoppen und die Gesundung von Staatsfinanzen, Wirtschaft und Staat in die Wege zu leiten. Dieses Versprechen wurde gehalten. Die deutsche Volkswirtschaft ist auf einen klaren Wachstumspfad eingeschwenkt.

Den klaren Weg für mehr Wachstum und Leistung werden wir konsequent fortsetzen. Vor uns liegen weitere Maßnahmen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, die große Reform des Einkommensteuertarifs und des Familienlastenausgleichs. Die sichtbare Erholung der Weltwirtschaft, ausgehend von den Vereinigten Staaten und Kanada, wird uns den Aufschwung erleichtern. Wir haben wieder Grund zu Vertrauen in die Zukunft und zu Optimismus.

Existenzgründungswelle voll angelaufen

In dem sprunghaften Anstieg der durch die Bundesregierung geförderten Existenzgründungen zeigt sich das wachsende Vertrauen der Bürger in die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der geförderten Unternehmensgründungen im Rahmen des Eigenkapital-Hilfeprogramms stieg von 1982 gegenüber 1983 von 3016 auf 7557 (= +150 Prozent) und im Rahmen des E&P-Programms von 12105 auf 15832 (= +30 Prozent). An der Spitze der Neugründungen steht mit 42 Prozent des Fördervolumens das Handwerk, gefolgt vom Handel mit 29 Prozent. Nach Schätzung der Bundesregierung werden mit jeder Neugründung fünf Arbeitsplätze geschaffen, denen im Jahre nach der Gründung zwei weitere Arbeitsplätze folgen. Die 1983 geförderten Unternehmensgründungen werden deswegen den Arbeitsmarkt 1984 mit mehr als 100000 neuen Arbeitsplätzen entlasten.

FALL KIESSLING

Der Kanzler handelte schnell: Wörner bleibt – Kießling rehabilitiert

Die Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und die von ihm vor der Bundespressekonferenz am Mittwoch verlesenen Briefe von Verteidigungsminister Manfred Wörner und General Günter Kießling haben folgenden Wortlaut:

Vor meiner Abreise zum Staatsbesuch nach Israel habe ich hier in der Öffentlichkeit erklärt, daß ich mich sofort nach meiner Rückkehr um die im Zusammenhang mit der vorzeitigen Pensionierung von General Kießling aufgetretenen Fragen kümmern werde. Nach sorgfältigem Studium der Unterlagen und nach Abschluß meiner Gespräche habe ich mich um eine einvernehmliche Regelung zwischen dem Bundesverteidigungsminister und General Kießling bemüht. Diese Regelung ist in zwei Briefen formuliert, die heute früh unterzeichnet wurden. Ich verlese jetzt die beiden Briefe.

Der Brief von Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung, an General a. D. Dr. Günter Kießling hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr General,
der Herr Bundespräsident hat Sie auf meinen Vorschlag hin am 19. Dezember 1983 mit Wirkung vom 31. Dezember 1983 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Ich habe den Herrn Bundespräsidenten um diese Versetzung gebeten, weil ich aufgrund der mir vorgelegten Vorlage durch den Amtschef ASBw vom 6. De-

zember 1983 und des Berichts des für Sicherheit zuständigen Staatssekretärs vom 8. Dezember 1983 davon ausgehen mußte, hierzu im Interesse der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet zu sein. Ich weiß mich mit Ihnen in der Überzeugung einig, daß die Sicherheitsinteressen des Staates Vorrang haben müssen.

In der Vorlage des Amtschefs ASBw und dem Bericht des Staatssekretärs wird von Erkenntnissen gesprochen, welche die Aufhebung aller Sicherheitsbescheide Ihnen gegenüber zwingend notwendig machten.

Inzwischen hat sich für mich ergeben, daß die sich aus den Erkenntnissen ergebenen Umstände sich nicht bestätigt haben und daß der Bericht unzutreffende Angaben enthält, so daß für mich Anlaß zur Annahme, mit Ihrer Tätigkeit sei ein Sicherheitsrisiko verbunden, nicht mehr besteht.

Ich werde deshalb unverzüglich den Herrn Bundespräsidenten bitten, Sie erneut zu ernennen und dadurch die Entscheidung vom 19. Dezember 1983 aufzuheben.

Ich habe zu keinem Zeitpunkt Ihre Ehre in Frage gestellt. Ich bedauere, daß es über meine damalige Entscheidung zu öffentlichen Erörterungen gekommen ist, und daß Sie schwere Kränkungen erfahren haben. Dies habe ich nicht gewollt. Ich wünsche Ihnen, daß Sie über diese schweren Wochen bald hinwegkommen werden.

Mit besten Empfehlungen
gez. Manfred Wörner

Die Antwort von General a. D. Dr. Günter Kießling hat folgenden Wortlaut:

An den Bundesminister der Verteidigung,
Herrn Dr. Manfred Wörner

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
für Ihr Schreiben vom 1. Februar 1984
danke ich Ihnen. Ich danke insbesondere
dem Herrn Bundespräsidenten, daß er
durch meine erneute Ernennung und die
dadurch erfolgte Aufhebung meiner Ver-
setzung in den vorzeitigen Ruhestand für
jedermann sichtbar und eindeutig meine
Ehre wiederhergestellt hat. Gleichzeitig
versichere ich Ihnen, daß ich davon über-
zeugt bin, daß Sie sich bei Ihrer Entschei-
dung ausschließlich von Ihrer Pflicht ge-
genüber den Sicherheitsinteressen der
Bundesrepublik Deutschland leiten ließen.

Nach allen Vorgängen, die ich in den letz-
ten Wochen erleben mußte, werden Sie
verstehen, daß ich zunächst von dem, was
mir angetan worden ist, Abstand gewin-
nen und meine Gesundheit wiederherstel-
len muß. Ich halte es aber auch für ausge-
schlossen, daß ein General, der diese Wo-
chen hat über sich ergehen lassen müs-
sen, in der Lage sein kann, seine Aufga-
ben als Vertreter des SACEUR mit der
notwendigen inneren und äußeren Kraft
nachzugehen, wie dies erforderlich ist. Im
Interesse der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Bundeswehr bitte ich Sie
deshalb, dem Herrn Bundespräsidenten
vorzuschlagen, mich zum 31. März 1984 in
den einstweiligen Ruhestand zu verset-
zen.

Meinen Anwalt habe ich heute gebeten,
die für mich vor dem Verwaltungsgericht
Köln erhobene Klage in der Hauptsache
für erledigt zu erklären.

Ich gehe davon aus, daß in Abstimmung
mit mir die Einzelheiten einer würdigen
Verabschiedung geregelt werden.

Mit besten Empfehlungen
gez. Günter Kießling

■ ASYLANTE

Die Zahl der Bewerber steigt wieder an

Die Zahl der Asylbewerber belief
sich im Jahre 1982 auf rund 37 000.
1983 betrug die Gesamtzahl 19 737.
Der Rückgang um 17 000 von 1982
auf 1983 ist zweifellos auf das seit
August 1982 geltende Asylverfah-
rensgesetz und die sogenannten
flankierenden Maßnahmen — wie
etwa Sach- statt Geldleistungen —
zurückzuführen.

Einem großen Teil der sogenannten
Wirtschaftsflüchtlinge ist hierdurch of-
fenbar der Anreiz genommen worden,
sich in die Bundesrepublik Deutschland
zu begeben. Daher muß hervorgehoben
werden, daß zur Zeit nur etwa 12 bis 15 %
wirklich politisch Verfolgte anerkannt wer-
den. Der weitaus größte Teil der Asylbe-
werber kommt deshalb, ohne politisch
verfolgt zu sein, zu uns.

Problematisch ist vor allem, daß seit Mitte
des Jahres 1983 die Bewerberzahlen wie-
der ständig gestiegen sind. Sie erhöhten
sich von ca. 1100 im Juni 1983 auf über
das Doppelte von 2700 Bewerbern im
Dezember 1983.

Nach Auffassung von Bundesinnenmini-
ster Friedrich Zimmermann kann daraus
nur der Schluß gezogen werden, daß eine
Lockerung des Asylrechts nicht in Frage
kommen und nicht verantwortet werden
kann — auch und gerade im Interesse der
Asylbewerber, die einen überzeugenden
Asylgrund haben. Die besonderen Be-
schleunigungselemente im Asylverfah-
rensgesetz müssen erhalten bleiben. Die
Befristung dieses Gesetzes auf den 31.
Juli 1984 muß daher beseitigt werden.

■ INFORMATION

Afa-Kongreß: SPD auf dem Marsch in eine andere Republik

Zu den jüngsten Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Adolf Müller (Remscheid): Der schlechende Identitätsverlust der SPD hat nun auch ihren Arbeitnehmerflügel erfaßt. Die neuen Konturen einer linken Protestpartei treten immer deutlicher zutage. In der einst klassischen Arbeitnehmerpartei geben spätbürgerliche Schichten immer stärker den Ton an: Akademiker, zumeist aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes, die mit dem Ausstieg aus der Industriegesellschaft liebäugeln, Funktionäre, die ihr Wissen um die Probleme der Arbeitswelt aus Büchern und Seminaren bezogen haben, und Ideologen, die sich in elitärer Arroganz für unfehlbar halten.

Den jüngsten Beweis für die Abkehr vom Godesberger Programm liefert der Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie offenbart, wie meilenweit sich die Delegierten von den wahren Interessen und Bedürfnissen der deutschen Arbeitnehmer entfernt haben. Eine Organisation, die sich früher einmal durch Realitätssinn, Augenmaß und ein Gespür für praktische Lösungen zum Wohle des einzelnen Arbeitnehmers auszeichnete, verrennt sich jetzt in neomarxistische Forderungen, die das Übel der Strukturkrise der deutschen Stahlindustrie nur noch vergrößern würden.

Dieser ideologische Exzeß wird selbst dem Vorsitzenden, Willy Brandt, unheim-

lich. Er versuchte, die Delegierten wieder auf den Teppich der realen Verhältnisse zurückzuholen. Diese Rettungsaktion dürfte zu spät kommen. Die SPD ist aufgebrochen: Sie befindet sich auf dem Marsch in das Wolkenkuckucksheim einer anderen Republik.

Samtlebe widerlegt

Zur Finanzentwicklung der Stadt Dortmund erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Gerhard Braun: Wie schnell es einem gehen kann, von der Wirklichkeit widerlegt zu werden, mußte in diesen Tagen der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund erleben. Noch Mitte Januar griff er als Präsident des Deutschen Städttages die Bundesregierung wegen ihrer Haushaltspolitik zu Lasten der Gemeinden an. Wenige Tage später durfte er feststellen, daß aufgrund der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl das erwartete Haushaltsdefizit der Stadt Dortmund von 39 Mio. DM nicht nur ausblieb, sondern sich durch geringeren Kostenanstieg im Tarifbereich und konjunkturbedingte höhere Steuereinnahmen in einen Überschuß von 25 Mio. DM verwandelte.

Gespräch zwischen CDU und der evangelischen Kirche

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und das Präsidium der Christlich Demokratischen Union haben am 18. Januar 1984 in Bonn ein ausführliches Gespräch über Fragen der Zukunft der Wirtschaft und ihre Auswirkung auf gesellschaftlichen und sozialen Wandel sowie die Rolle der Bundesrepublik in Europa und im westlichen Bündnis geführt.

Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß wirtschaftliches Wachstum eine der Voraussetzungen nicht nur für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, sondern

auch zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik, des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl erläuterte die Haltung der Union zur Außen- und Sicherheitspolitik und betonte die Zuversicht, daß es zu einer Fortsetzung der Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion kommen werde. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Eduard Lohse, erneuerte die wiederholt von der EKD geäußerte Bitte, alle Gesprächsmöglichkeiten zwischen den Staaten des westlichen und des östlichen Bündnisses zu nutzen und die bestehenden Kontakte zur Regierung der DDR zu vertiefen. Das Präsidium der CDU und der Rat der EKD werden ihre regelmäßigen Begegnungen fortsetzen.

Rückkehrhilfe: Bisher rund 3200 Anträge

Rund 3200 Anträge auf Rückkehrhilfe haben ausländische Arbeitnehmer bis Mitte Januar bei den Arbeitsämtern gestellt. 80 Prozent dieser Anträge seien von Türken gekommen. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg berichtete, es herrsche bei den Arbeitsämtern rege Nachfrage nach den Bedingungen der Rückkehrshilfe, die seit dem 1. Dezember vergangenen Jahres beantragt werden kann. Anträge könnten noch bis zum 30. Juni gestellt werden. Rückkehrshilfen in Höhe von 10500 Mark plus 1500 Mark pro Kind können nach den Angaben der Bundesanstalt Jugoslawen, Koreaner, Marokkaner, Portugiesen, Spanier, Tunesier und Türken erhalten.

Petra Kelly vor Gericht

Die Fraktionssprecherin der Grünen, Petra Kelly, muß am 1. März vor das Bonner Amtsgericht. Sie hatte mit anderen Grünen wegen einer unerlaubten Protestak-

tion vor der SPD-Parteizentrale einen Bußgeldbescheid über 60 Mark erhalten, gegen den sie Einspruch eingelegt hatte.

Bisher hat der Bundestag die Immunität von sechs der 28 Grünen-Abgeordneten aufgehoben. Dabei handelt es sich neben Frau Kelly um Otto Schily, Dieter Burmann, Willi Hoss, Gert Bastian und Hans Verheyen. Die Anschuldigungen lauten in jeweils drei Fällen auf Nötigung, Bannmeilenbruch oder Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Zweimal geht es um Verleumdung und einmal um eine Hausbesetzung.

Noch 16 000 Lehrstellen im Nachrückverfahren

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer, erklärte im Deutschen Bundestag auf Fragen von Abgeordneten zur Problematik der Lösung von Ausbildungsverträgen unter anderem:

Die Bundesregierung und auch die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben im vergangenen Jahr immer wieder darauf hingewiesen, daß Ausbildungsplätze, die durch vorzeitige Vertragsauflösung freiwerden, nicht verlorengehen dürfen, sondern möglichst rasch in einem „Nachrückverfahren“ wieder besetzt werden sollten. Diese Appelle haben die erhoffte Wirkung erzielt. Hierfür spricht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten, nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber in der Zeit vom 30. September 1983 bis zum 31. Dezember 1983 von 47 408 auf rund 16 000 auf 31 483 zurückgegangen ist. Die Zahl der Bewerber, die im letzten Quartal des Jahres im Nachrückverfahren noch in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden konnte, war damit erheblich größer als im vorangegangenen Jahr; 1982 hatte die Zahl der nichtvermittelten Jugendlichen in diesem Zeitraum hingegen nur um ca. 7 400 abgenommen.

■ RENTEN

Sanierungspolitik zahlt sich aus: Die Renten sind wieder sicher

Der Rentenpassungsbericht 1983 ist ein erfreuliches Dokument, in dem sich die Sanierungspolitik der Koalition der Mitte deutlich zeigt. Der Bericht weist sowohl im Leistungsteil wie auch in den Teilen, die die mittel- und langfristige Finanzentwicklung behandeln, positive Aspekte auf. Dieser Rentenpassungsbericht zeigt weiter, daß Rentner und Versicherte darauf vertrauen können, daß die mit hohen Beiträgen erworbenen Rentenleistungen auch auf lange Sicht erhalten werden. Der Bericht zeigt, daß die Renten sicher sind.

In den Berechnungen über die mittel- und langfristige Finanz- und Liquiditätslage der Rentenversicherung sind die Sanierungsgesetze — das Haushaltsbegleitgesetz 1983 und das Haushaltsbegleitgesetz 1984 — mit ihren teilweise schmerzhaften Maßnahmen berücksichtigt und sie zeigen ihre positiven Wirkungen auf die Finanzlage und die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Eine Situation, die seit Jahren erhofft, aber ausgeblieben, nach der Übernahme der Regierung durch Bundeskanzler Kohl aber verwirklicht werden konnte.

Der sogenannte „Eckrentner“ mit 40 Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst, der im Jahre 1957 eine Rente von 214 DM pro Monat erhielt und ab 1. Juli 1983 1272 DM monatlich erhielt, wird ab 1. Juli 1984 eine Rente von 1315,50 DM erhalten. Das entspricht einem Rentenniveau von rund 65 Prozent des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitneh-

mers. Bei 45 Jahren können sogar rund 73 Prozent des Nettoentgelts durch den „Eckrentner“ erreicht werden.

Mittelfristige Aspekte: Der Rentenpassungsbericht 1983 geht von einer Schwankungsreserve von 13,9 Mrd. DM Ende 1983 = 1,3 Monatsausgaben aus. Die Beitragsentwicklung insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 1983 war allerdings günstiger als erwartet, so daß die Schwankungsreserve gut 15 Mrd. DM Ende Dezember 1983 betrug und 1,4 statt 1,3 Monatsausgaben als Reserve zu verzeichnen waren. In bezug auf die Annahmen, mit denen jede Vorausschätzung steht und fällt, geht der Rentenpassungsbericht für 1984 von 3,8 Prozent und für die Jahre 1985 bis 1987 von 4,6 Prozent Bruttoentgeltsteigerung aus. Bei dieser Annahme errechnet sich eine Erhöhung der Schwankungsreserve bis 1987 von 22 Mrd. DM oder 1,9 Monatsausgaben. Wenn man, wie die Rentenversicherungsträger, mit einer geringeren Lohnannahme von 3,4 Prozent in 1984 und 3,5 Prozent in den Folgejahren, eine vorsichtige Rechnung, ausgeht, steigt die Schwankungsreserve trotzdem ab 1984 wieder an, wenn auch wesentlich langsamer.

Die Berechnungen zeigen, daß kein Grund zur Panik besteht, sie zeigen aber auch, daß die Sanierung der Rentenfinanzen noch nicht abgeschlossen ist und an die Akutphase der Sanierung sich eine Konsolidierungs- und Reformphase anschließen muß.

Wir wissen, daß wir den Rentnern mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983

und 1984 aber auch mit dem letzten Rentenanpassungsgesetz erhebliche Opfer abverlangt haben, aber sie waren notwendig, um die „Erblast“, die uns auferlegt wurde, abzutragen und die pünktliche Rentenzahlung in 1983 und 1984 zu gewährleisten.

Trotz erheblicher Einschnitte der sozialliberalen Koalition in das Rentenrecht, haben wir eine miserable Situation in der Rentenversicherung vorgefunden. Um dies deutlich zu sagen und Mißverständnissen entgegenzuwirken: die Regierung Schmidt hat den Rentnern durch ihre Sanierungsgesetze seit 1978 einschließlich des Rentenanpassungsgesetzes 1982 Renteneinbußen von insgesamt 10,9 Prozent zugemutet, während die neue Regierung Kohl den Rentnern bis einschließlich 1984, trotz der einschneidenden Maßnahmen, nur 4,9 Prozent an weiteren Opfern abverlangt hat.

Zu den langfristigen Vorausberechnungen der Rentenfinanzen ist anzumerken, daß sich ab 1990 die Geburtenentwicklung stärker bemerkbar macht, die Relation zwischen Beitragszahlern und Rentnern sich verschlechtert, die höhere Lebenserwartung und die steigende Zahl eigener Rentenansprüche von Frauen in den Finanztableaus sich negativ auswirkt. So gewichtig die einzelnen Risikofaktoren auch für die zukünftige Finanzlage der Rentenversicherungsträger sind, so wenig besteht Anlaß, die zukünftige Situation der Rentenversicherung zu dramatisieren. Eine vernünftige, solide Wirtschafts- und Finanzpolitik, die ein höheres Wachstum und einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bewirken, wird auch die langfristige Situation der Rentenfinanzen wieder in einem günstigeren Licht erscheinen lassen.

Schon jetzt zeigt sich, daß die Probleme — auch die langfristigen — der gesetzlichen Rentenversicherung lösbar sind. Allerdings müßten — und dies ist und wird geschehen — Sanierungs- und Reformmaßnahmen frühzeitig und konsequent er-

griffen und durchgeführt werden. Wir haben uns in der Vergangenheit bei der Gestaltung des Rentenrechts durch die langfristigen Vorausberechnungen entweder „reichgerechnet“, indem wir günstige Entwicklungen (Lohnannahmen) einfach fortgeschrieben haben. Es sei erinnert an das Rentenreformgesetz von 1972. Man darf aber auch nicht den Fehler machen, daß man sich, indem man negative Trends fortschreibt, „armrechnet“ und in diesem Zusammenhang einer Übersanierung das Wort redet. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen keine Übersanierung, denn das System der beitragsbezogenen, leistungsorientierten Rente hat sich insgesamt bewährt und sollte im Kern erhalten bleiben. Bei einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, flankiert von einer wirkungsvollen Familienpolitik, ist das System langfristig zu erhalten. Voraussetzung ist allerdings, daß spektakuläre Leistungsverbesserungen unterbleiben. Wir können es uns nicht leisten, dies würde mit Sicherheit das System sprengen, die Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung um einige Jahre generell abzusenken oder großzügige Ausweitungen bei beitragslosen oder beitragsgeminderten Zeiten durchzuführen. Das System der gesetzlichen Rentenversicherung muß weiter konsolidiert und in einigen Teilen reformiert werden. Reformbereiche sind beispielsweise:

- Die vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung, die möglichst kostenneutral ausgestaltet werden sollte,
- die Neubewertung der beitragslosen und beitragsgeminderten Zeiten, die ebenfalls insgesamt kostenneutral durchgeführt werden soll.

Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Renten wieder sicher zu machen, die Rentenversicherung aus den Schlagzeilen zu bringen und der Verunsicherung der Rentner ein Ende zu machen.

Halbierung der Inflationsrate bringt den Rentnern drei Prozent mehr Kaufkraft

Nach dem Entwurf des Rentenansatzgesetzes 1984 werden die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte zum 1. Juli 1984 erhöht. Die Rentenansatzrichtung richtet sich dabei erstmals aktueller als bisher nach der Lohnentwicklung, nämlich nach dem Lohnanstieg des Jahres 1983.

Nach dem bisher gültigen Verfahren wäre der durchschnittliche Lohnanstieg in den Jahren 1980 bis 1982 maßgebend gewesen. Durch die Aktualisierung der Rentenansetzung wird vor allem die Einkommensentwicklung von Beitragszahlern und Rentnern näher zueinander gebracht. Der Solidaritätscharakter der Rentenfinanzierung wird damit deutlicher als dies bisher der Fall war.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt der Anstieg der Bruttoentgelte im letzten Jahr 3,3 Prozent. Um diesen Prozentsatz sollen die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte zum 1. Juli 1984 angehoben werden. Da zum gleichen Zeitpunkt die bereits mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 beschlossene 2. Stufe der Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung um zwei weitere Prozent der Rente wirksam wird, beträgt die effektive Rentenerhöhung rund 1,2 Prozent. Um diesen Prozentsatz werden auch die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung angepaßt.

Für eine sachgerechte Beurteilung muß man berücksichtigen, daß im 1. Halbjahr 1984 die Zunahme der Ren-

teneinkommen noch von der wesentlich stärkeren Rentenerhöhung des Vorjahres (plus 4,59 Prozent) bestimmt wird. Auf das gesamte Jahr gerechnet erhalten die Rentner 1984 also 2,8 Prozent mehr an Rente — die Beiträge für die Krankenversicherung sind hier bereits berücksichtigt. Damit wird das Ziel einer gleichgewichtigen Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmereinkommen voraussichtlich erreicht.

Nun ist die Rentenerhöhung für sich allein wenig aussagefähig. Entscheidend ist vielmehr, was man damit kaufen kann. Es kann einfach nicht wegdiskutiert werden, daß vor allem den Rentnern die Reduzierung der Preissteigerungsrate von 5,6 auf 2,6 Prozent zugute kommt: 3 Prozent Senkung des Preisanstiegs ist soviel wie eine Steigerung der Renten um 3 Prozent.

Durch die Anpassung der Renten ergeben sich vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985 in der Rentenversicherung Mehraufwendungen von 5,3 Mrd. DM, in der Altershilfe für Landwirte von 75 Mio. DM und in der gesetzlichen Unfallversicherung von 86 Mio. DM. Die Finanzierung der Renten ist gesichert. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Rentenfinanzen. Hätte Bundesarbeitsminister Blüm nach der Regierungsübernahme nicht sofort gehandelt, wäre die Rentenversicherung schon seit Sommer 1983, also seit mehreren Monaten, zahlungsunfähig.

Die Politik des Sparens war also nicht umsonst, sie hat den Rentnern wieder sichere Renten gebracht. Die Kassenlage der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird im Jahre 1984 zwar angespannt sein, es besteht aber überhaupt keine Veranlassung, die Rentner zu verunsichern und Angst bei älteren Mitbürgern zu produzieren. Die Rentner können sich auch in diesem Jahr darauf verlassen, daß ihre Rente sicher ist und pünktlich bezahlt wird.

■ VEBA-AKTIEN

Der Verkauf wurde ein voller Erfolg

Der Verkauf der VEBA-Aktien des Bundes ist erfolgreich verlaufen. Das erklärte der Bundesminister der Finanzen, Gerhard Stoltenberg, zu der am 27. Januar 1984 abgelaufenen Frist für die Zeichnung der Aktien bei Banken und Sparkassen. Der Minister stützte sich dabei auf eine Unterrichtung des Bankenkonsortiums, das die Plazierung der Aktien übernommen hatte.

Die Plazierung des Hauptanteils der Aktien im Nennwert von 232 Mio. DM konnte bereits am 13. Januar, d. h. zwei Tage nach Verkaufsbeginn, abgeschlossen werden. Die VEBA hat Aktien im Nennwert von 10 Mio. DM übernommen und bietet sie ihren Mitarbeitern als Belegschaftsaktien an. In der Zeit vom 16. Januar bis 27. Januar 1984 konnten Arbeitnehmer, die im Rahmen des zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Vierten Vermögensbildungsgesetzes (Vermögensbeteiligungsgesetz) Gelegenheit zur Anlage in VEBA-Aktien nehmen wollten, bis zu sechs Aktien zeichnen.

Nach den vorliegenden, noch nicht vollständigen Berichten sind der Konsortialföhrung von Anlegern nach dem Vermögensbeteiligungsgesetz Zeichnungen über rd. 40000 Aktien gemeldet worden. Nach Auffassung der Konsortialführer dürfte sich diese Zahl bei der anschließenden Bilanz noch verbessern, wenn die Meldungen aller Institute vorliegen.

Die VEBA-Transaktion ist kapitalmarktgerecht, d. h. markt- und kursschonend durchgeführt worden. Damit konnte insbesondere auch auf das Unternehmen VEBA und die bisherigen Aktionäre Rücksicht

genommen werden. Der Bundesfinanzminister äußerte Zufriedenheit mit dem Kursverlauf in der für den festen Übernahmepreis des Konsortiums vereinbarten Referenzperiode. Während im Bundeshaushalt 1984 700 Mio. DM veranschlagt sind, wird nach der endgültigen Abrechnung der bis Ende April in Kommission zu verrechnenden Aufträge der 936-DM-Anleger eine Haushaltseinnahme von 760 bis 770 Mio. DM erwartet.

Minister Stoltenberg wies darauf hin, daß die verkauften Aktien nicht zuletzt als Folge einer Haushaltspolitik der Solidität und Verlässlichkeit dieser Bundesregierung und des dadurch mit ausgelösten Aufschwungs an den deutschen Börsen gegenüber Oktober 1982 eine Wertsteigerung von rd. 210 Mio. DM erfahren haben, die nunmehr dem Bundeshaushalt zugute komme.

Der Verkaufserlös wird zum Abbau der Nettokreditaufnahme verwendet. Saldiert man die künftig beim Bund wegfallende Dividende dieser VEBA-Aktien (= 30 Mio. DM) mit der Ersparnis an Zinsen (= 62 Mio. DM), so wird der Bundeshaushalt alljährlich um 32 Mio. DM entlastet.

Die bei der Abwicklung der VEBA-Transaktion gemachten Erfahrungen werden für künftige Privatisierungen sorgfältig ausgewertet. Gerhard Stoltenberg betonte, der eingeschlagene Weg der Neugestaltung der Beteiligungspolitik des Bundes werde nach dem VEBA-Signal konsequent und mit Augenmaß fortgesetzt.

Die vom Bundeskabinett beschlossene Rückführung des Bundesanteils an der VEBA von 43,75 auf 30 v. H. konnte im angekündigten Zeitplan gehalten werden. Die VEBA gilt jetzt aktienrechtlich nicht mehr als ein vom Bund abhängiges Unternehmen. Der Minister unterstrich, daß der Staat damit eine in dieser Höhe nicht mehr zu rechtfertigende Beteiligung verminder habe, aus energiepolitischen Gründen jedoch die verbleibende Schachtelbeteiligung an der VEBA dauerhaft halten wolle.

KOMMUNEN

Erfolgreiche Regierungspolitik kommt auch den Gemeindefinanzen zugute

Die Talsohle wirtschaftlichen Niedergangs der Städte ist durchschritten; die finanzielle Lage, die im Jahre 1983 schwieriger war als je zuvor, ist konsolidiert und wird sich im Jahre 1984 spürbar verbessern. Die in den letzten Jahren über wachsende Finanznöte und Defizite klagenden Städte können wieder Hoffnung schöpfen.

Eine Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 1982 bis 1984, die auf der Basis einer gemeinsamen Umfrage des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages beruht, wurde jetzt vom Deutschen Städtetag in Bonn bekanntgegeben.

Zur Auswertung erklärt der Vorsitzende der KPV, Horst Waffenschmidt:

Die Bemühungen der Bundesregierung zur Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zeigen nachhaltig Auswirkungen in den kommunalen Haushalten zusammen mit den eigenen Sparbemühungen der Gemeinden.

Der Beginn einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung, maßgeblich beeinflußt durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, schlägt sich auch in den kommunalen Haushalten nieder, z. B. beim Anstieg der Steuereinnahmen.

Erstmals seit Jahren ist wieder ein kleiner Anstieg bei den Sachinvestitionen der Gemeinden zu verzeichnen.

Mit den angegebenen positiven Entwicklungstendenzen sind zahlreiche schwerwiegende Probleme im kommunalen Bereich noch nicht gelöst, z. B. der Anstieg der Ausgaben im sozialen Bereich, der insbesondere durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit und steigende Ausgaben bei den Pflegekosten hervorgerufen wird. Außerdem ist festzustellen, daß die finanzielle Entwicklung der Gemeinden regional unterschiedlich verläuft und nach wie vor in starkem Maße abhängig ist von den Zuweisungen der Länder.

Zu den einzelnen Abschnitten der Übersicht ist folgendes hervorzuheben:

Das Finanzierungsdefizit der kommunalen Haushalte betrug 1983 1 Mrd. DM und wird 1984 voraussichtlich 2 Mrd. DM erreichen, während es 1982 noch 7,53 Mrd. DM betragen hat. Hier wird der Konsolidierungseffekt bei den kommunalen Haushalten nachdrücklich sichtbar. Dies gilt auch für die Entwicklung der Nettokreditaufnahme von 6,61 Mrd. DM 1982 gegenüber 2,2 Mrd. DM 1983 und 1,5 Mrd. DM 1984. Bedeutsam ist auch, daß sich der Finanzierungsbeitrag der Verwaltungshaushalte zum Vermögenshaushalt von 9,2 Mrd. DM 1982 auf 14,3 Mrd. DM 1984 erhöht.

Bei den Einnahmen ist folgendes besonders hervorzuheben:

- a) Die Steuereinnahmen der Gemeinden stiegen in den Jahren 1983 und 1984 jeweils um über 2,4 Mrd. DM. Dabei wird deutlich, daß die bestehende Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Lohnsteuer und an der Gewerbesteuer

nach wie vor ein entscheidendes und im Volumen ansteigendes Finanzierungselement ist.

b) Bedeutsam ist auch, daß sich die laufenden Zuweisungen von Bund und Ländern um 1,4 Mrd. DM erhöhen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die In-

vestitionszuweisungen um 0,150 Mrd. DM abnehmen; hier wird deutlich, daß bei einigen Finanzausgleichsmaßnahmen Investitionszuweisungen zugunsten von laufenden Zuweisungen gekürzt wurden. Insgesamt bleibt aber auch bei diesen Zuweisungen ein Plus von 1,25 Mrd. DM.

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden (GV) 1982 bis 1984

Art der Einnahmen und Ausgaben	1982	1983 ^{s)}	1984 ^{s)}	1983 ^{s)}	1984 ^{s)}
	Mrd. DM			+ / - %	
Einnahmen¹⁾	145,17	150,60	154,40	+ 3,7	+ 2,5
darunter:					
Steuern	46,99	49,40	51,90	+ 5,1	+ 5,1
Gebühren	30,22	32,50	33,60	+ 7,5	+ 3,4
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	29,84	29,10	30,50	- 2,5	+ 4,8
Investitionszuweisungen von Land/Bund	11,10	11,10	10,95	+/-0	- 1,4
Veräußerungserlöse	4,48	5,60	4,60	+25,0	-17,9
Ausgaben¹⁾	152,70	151,60	156,40	- 0,7	+ 3,2
darunter:					
Personal	46,98	48,00	48,90	+ 2,2	+ 1,9
Sachaufwand	29,04	29,05	29,90	+ 0,0	+ 2,9
Soziales	18,35	19,35	20,30	+ 5,4	+ 4,9
Zinsen	8,68	8,55	8,65	- 1,5	+ 1,2
Sachinvestitionen	34,48	31,40	32,50	- 8,9	+ 3,5
Finanzierungsdefizit	-7,53	-1,00	-2,00	x	x
nachr.:					
Nettokreditaufnahmen	6,61	2,20	1,50	-66,7	-31,8
Einn. d. Verwaltungshaushalte	123,14	127,40	132,65	+ 3,5	+ 4,1
Ausg. d. Verwaltungshaushalte	113,85	115,50	118,35	+ 1,4	+ 2,5
Finanzierungsbeitrag des Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt	9,29	11,90	14,30	+28,1	+20,2

^{s)} Schätzung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auf der Basis einer gemeinsamen Umfrage des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages. Einschl. kommunaler Krankenhäuser.

¹⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (z. B. Schuldenaufnahmen und -tilgungen, Rücklagenentnahmen und -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren).

Zur Sache:

Neuer Schwung für unsere Wirtschaft

Auch 1984 geht es weiter aufwärts

Das vergangene Jahr war wirtschaftlich erfolgreich:

- Das Bruttonsozialprodukt ist erstmals nach zwei Jahren wieder gewachsen, und zwar um 1,2 Prozent.
- Die Teuerungsrate wurde glatt halbiert; das hat die Kaufkraft der Arbeitnehmer um rund 15 Milliarden Mark erhöht.
- Die Gesundung der Staatsfinanzen ist zügig fortgeschritten. Die Neuverschuldung ist um knapp 10 Milliarden Mark niedriger ausgefallen, als ursprünglich geplant war.
- Seit August 1983 ist die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen um rund 90.000 gesunken.

Kaum jemand hätte das alles vor einem Jahr für möglich gehalten.

Für 1984 stehen die Zeichen

günstig. Das bestätigen alle unabhängigen Fachleute, so zum Beispiel der Sachverständigenrat, die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und die Deutsche Bundesbank. Der wirtschaftliche Aufschwung wird sich weiter auf breiter Front fortsetzen und verstärken:

- Es gehen mehr Aufträge aus dem In- und Ausland ein.
- Es wird wieder mehr investiert.
- Die Zahl der Arbeitslosen wird Ende dieses Jahres voraussichtlich niedriger sein als Ende 1983.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Regierung Helmut Kohl wird die Wirtschaft weiter in Schwung bringen. Damit es auch 1984 aufwärts geht in Deutschland.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 15. 2. MIT Bremen, Landesvorstand (zus. mit MIT-Mitgliedern der CDU-Bürgersch.-Frakt.), Bremen
- 18. 2. LV Schleswig-Holstein Landesvorstand, Kiel
- 18. 2. LV Baden-Württemberg Gesundheitspol. Kongreß, Kornwestheim
- 20. 2. **CDU Bundesausschuß** Sitzung, Bonn
- 23. 2. Junge Union Rheinland Landesvorstand, Leverkusen
- 24. 2. Junge Union Rheinland Geschäftsführer Landesvorstand und Landesvorstand, Köln
- 24. 2. LV Rheinland-Pfalz Landesvorstand, Mainz
- 25. 2. Frauenvereinigung Rheinland Landesvorstand, Köln
- 25. 2. Frauenvereinigung Bremen Landesdelegiertentag, Bremen
- 29. 2. Frauenvereinigung Schleswig-Holstein Hauptauschuß, Kiel
- 2. 3. LV Braunschweig Landesvorstandssitzung, Braunschweig
- 8. 3. LV Hessen

- Landesgeschäftsführer-konferenz, Fernwald
- 9. 3. **CDA Bund** Bundesvorstand CGB-AG, Bremen
- 10. 3. LV Baden-Württemberg Wahlkampfgroßveranstaltung mit dem Bundeskanzler, Stuttgart (Schleyer-Halle)
- 12. 3. **CDU-Bundesvorstand** Sitzung, Bonn
- 14. 3. MIT Bremen, Landesvorstand (Verabschiedung der Anträge für den Bundesmittelstandstag), Bremen
- 17. 3. Landesparteitag der CDU Hessen (Landesliste Europawahl), Frankfurt
- 17. 3. LV Braunschweig Landesparteitag, Peine
- 18. 3. Kommunalwahl Bayern
- 19. 3. LV Rheinland-Pfalz Landesvorstand, Mainz
- 21. 3. MIT Rheinland Landestagung, Duisburg
- 22. 3. Junge Union Rheinland Landesvorstand, Leverkusen
- 24. 3. Frauenvereinigung Rheinland Landesvorstand, Köln
- 24. 3. LV Schleswig-Holstein Landesvorstand, Kiel
- 25. 3. Landtagswahl Baden-Württemberg
- 25. 3. Junge Union Bremen Landestagung, Bremen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.